

Redebeitrag Stadtv. Krämer zum Antrag 22.2 der Stadtverordnetensitzung am  
30.03.2017

Antrag der AfD Fraktion vom 17. Januar 2017  
betr. Antrag auf eine Städtepartnerschaft mit dem russischen Obninsk  
Vorlagen-Nr.: SV 2017/0005

Sehr geehrter Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Kolleginnen und  
Kollegen,

ich bin gezwungen, auf Grund Ihres Antrags etwas auszuholen.

Die westlich-demokratische Welt stand schon immer vor der Herausforderung,  
ein Moralprinzip zu erschaffen, das ohne eine dogmatische Letztbegründung  
wie Gott oder der Volksgemeinschaft auskommt. Der demokratische Diskurs  
gilt da als ein Raum, in dem jede autonome Bürgerin und jeder autonome Bürger  
seine Meinung einbringen kann und gleichzeitig die Garantie besteht, dass diese  
auch gehört wird. Das ist gewissermaßen ein Versuch, die gesellschaftlich  
geltende Moral auszuhandeln. Sobald aber eine Meinung in den Diskurs  
eingebracht wird, gilt der Legimitationszwang. Die Meinung wird von der  
Kommunikationsgemeinschaft auf ihre Konsistenz, das bedeutet, auf ihren  
argumentativen Gehalt hin geprüft.

Dieser Prüfung – kommen wir zum Thema - entziehen sie sich als Mitglieder  
der AfD grundsätzlich. Ihnen ist es nämlich egal, welche moralischen Qualitäten  
der Gesellschaft zu Grunde legen. Die einzige Referenz, die ihre Meinung  
aufweist ist ihre eigene Selbstgefälligkeit. Sie sind von der Komplexität der  
Gesellschaft überfordert. Und an Stelle dessen, dass Sie beispielweise durch  
intellektuelle Arbeit oder eine Diskussion mit anderen versuchen die

Verhältnisse zu analysieren, tätigen sie Aussagen, die ihnen situativ ins Konzept passen und nutzen Argumente, die ihrer Intuition entspringen, seien sie noch so schwachsinnig. Und all dies nur, um ihre eigene subjektive Ohnmacht zu verschleiern und die Illusion aufrecht zu erhalten, dass sie etwas verstanden haben.

Ich möchte sie mal daran erinnern, was sie bei ihrem übermäßigen Konsum von Russia today, dem Compact Magazin oder anderen Propagandamedien, die ihrer Selbstgefälligkeit zu Gute kommen, verdrängen. In Syrien sind seit 2011 fast 400.000 Menschen umgekommen, mehr als 11 Mio. sind auf der Flucht. Ein Großteil dieser Toten wurde von Assads Militär verursacht das mit Fassbomben und Chemiewaffen gegen die sogenannten oppositionellen Rebellen vorgegangen sind. All dies passiert seit 2015 mit der Unterstützung Rußland. Sie sind im Konflikt laut ihrer Äußerungen in den sozialen Medien und wegen dieses Antrags offensichtlich auf Seiten der Russen und befürworten die militärische Intervention als Kampf gegen Terrorismus und für die Demokratie. Der syrische Bürgerkrieg begann im Jahr 2011, als Assad mit Waffengewalt versuchte, die demokratischen Proteste infolge des arabischen Frühlings zu unterdrücken um seine Macht zu sichern. In ihrem Selbstbild allerdings können Araberinnen und Araber anscheinend nur Terroristen sein, und keine Demokraten, sonst hätten sie schon 2011 die Pflicht gehabt, die Demonstrantinnen und Demonstranten zu unterstützen, wenn es ihnen denn um die Demokratie in Syrien ginge. Möglicherweise hätten dadurch auch viele Menschen in den Häusern bleiben können und nicht vor dem Krieg flüchten müssen. **Stattdessen stellen sie sich mit ihrer geforderten Städtepartnerschaft auf die Seite der Mörder. Dieselben Mörder, die auch seit einigen Wochen die Eskalation in der Ukraine wieder vorantreiben mit zahlreichen toten Zivilistinnen und Zivilisten.** Mit diesem Antrag wird auch das Schwenken der israelischen Fahne

zur Phase. Wissen

sie mit wem Putin in Syrien zusammengearbeitet hat? Mit dem Iran und der Hisbollah. Beide fordern recht eindeutig die Zerstörung des israelischen Staates samt aller dort lebenden Jüdinnen und Juden. Anfang des Jahres wurde außerdem häusliche Gewalt in Rußland faktisch legalisiert. Das ist aber wahrscheinlich ebenfalls kein Problem für sie - wie

nicht zuletzt- wie die frauenverachtenden Äußerungen ihres OB Kandidaten zeigten. Selbstbestimmte Frauen, ähnlich wie selbstbestimmte arabische Menschen könnten ja zu einer Bedrohung ihrer männlichen Selbstgefährlichkeit werden. Und eine Sache noch. Egal wie wichtig sie sich nehmen, Herr Arend, sie sind sicherlich nicht befugt für die Wissenschaftsstadt Darmstadt in Obninsk zu sprechen, wie sie im Antrag andeuten. Ich rate ihnen dringend, solche Anmaßungen in der Zukunft zu unterlassen.

Abschließend. Sie sprechen die gesamtpolitische Lage in der Welt an. Gerade wegen der gesamtpolitischen Lage ist es zurzeit eine moralisch verwerfliche Idee, eine Städtepartnerschaft mit Rußland anzustreben. Vielmehr sollten wir uns weiterhin als Demokratinnen und Demokraten gegen Despoten, wie Putin oder Assad aussprechen und sie nicht noch mit Partnerschaften belohnen. Bitte lehnen sie diesen Antrag ab.